

07.419 Parlamentarische Initiative

Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik

Eingereicht von: Hochreutener Norbert
Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz



Einreichungsdatum: 23.03.2007
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Bundesverfassung wird durch einen Artikel über die umfassende Förderung der Familie ergänzt, der in etwa dem folgenden Entwurf entspricht:

Art. 116a Förderung der Familie

Abs. 1

Bund und Kantone fördern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Eltern mit Kindern und streben den Ausgleich ihrer wirtschaftlichen Mehrbelastung gegenüber Alleinstehenden und Ehepaaren ohne Kinder an. Der Bund kann entsprechende Anstrengungen der Kantone unterstützen. Er berücksichtigt insbesondere steuerliche Massnahmen der Kantone zugunsten von Eltern mit Kindern beim Finanzausgleich.

Abs. 2

Insbesondere entlastet der Bund bei Steuern und Sozialversicherungen ohne Kapitaldeckungsverfahren Eltern mit Kindern, ohne die entsprechenden Leistungen zu kürzen.

Abs. 3

Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der Bund kann zu diesem Zweck, wenn die Bestrebungen der Kantone und Dritter nicht ausreichen, auf dem Gesetzesweg Minimalanforderungen festlegen, sofern er sich finanziell an den Leistungen der Kantone beteiligt.

Abs. 4

Der Bund fördert die Bildung und Integration von Kindern und Jugendlichen. Er kann entsprechende Bestrebungen durch Beiträge unterstützen.

Begründung

Die Familienförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden zu einem immer wichtigeren politischen Thema. Die Verfassungsbasis für eine Familienpolitik in Artikel 116 der Bundesverfassung ist aber äusserst schmal. Mit den Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung wurde sie vermutlich völlig ausgenutzt und vielleicht gar überschritten. Es drängt sich deshalb eine Verfassungsgrundlage mit Spielraum für die Konkretisierung auf Gesetzesstufe auf.

Dieser Verfassungsartikel soll insbesondere:

- die Förderung der Familie als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen definieren;
- vorsehen, dass Eltern mit Kindern sowohl durch die Zuweisung zusätzlicher Ressourcen bzw. Entlastung bei Abgaben gestärkt als auch durch Betreuungsangebote entlastet werden;
- die konkrete Ausgestaltung der Familienpolitik weitgehend der Gesetzgebung überlassen.



Wenn der materielle Inhalt des neuen Artikels geklärt ist, ist eine formale Abstimmung mit dem bisherigen Artikel 116 der Bundesverfassung vorzunehmen.

Kommissionsberichte

28.01.2010 - Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates

Bericht und Entwurf der Kommission

15.02.2012 - Stellungnahme des Bundesrates (BBI 2012 1827)

10.11.2011 - Bericht (BBI 2012 675)

Ratsunterlagen

Anträge, Fahnen

Chronologie

- | | | |
|------------|---|--|
| 24.08.2007 | Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR | Folge gegeben |
| 19.02.2008 | Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR | Zustimmung |
| 15.03.2010 | Nationalrat | Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2012. |

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die Familienpolitik

BBI null null

- | | | |
|------------|-------------|----------------------------------|
| 07.03.2012 | Nationalrat | Beschluss abweichend vom Entwurf |
| 04.06.2012 | Ständerat | Zustimmung |
| 15.06.2012 | Nationalrat | Annahme in der Schlussabstimmung |
| 15.06.2012 | Ständerat | Annahme in der Schlussabstimmung |

Stand der Beratungen: Erledigt

Schlussabstimmungstext: BBI 2012 5923

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)

Zuständige Behörde

Departement des Innern (EDI)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (25)

Amherd Viola, Bader Elvira, Barthassat Luc, Brun Franz, Bächler Jakob, Cathomas Sep, Chevrier Maurice, Darbellay Christophe, Glanzmann-Hunkeler Ida, Hany Urs, Humbel Ruth, Häberli-Koller Brigitte, Imfeld Adriano, Jermann Walter, Kohler Pierre, Lustenberger Ruedi, Meier-Schatz Lucrezia, Meyer-Kaelin Thérèse, Müller Walter, Riklin Kathy, Robbiani Meinrado, Simoneschi-Cortesi Chiara, Wehrli Reto, Zemp Markus, de Buman Dominique



Links

Weiterführende Unterlagen

[Amtliches Bulletin](#) | [Abstimmungen NR](#)

Weiterführende Links

[Volksabstimmung \(Bundeskanzlei\)](#) | [Verhandlungen \(PDF\)](#) | [Vernehmlassung](#) | [swissvotes](#)

